

Das Zensurmonster der EU – Sichtbar war bisher nur die Spitze des Eisbergs (Teil 1)

7 Feb. 2026 17:33 Uhr

Diese Woche wurde von den Republikanern im Justizausschuss des US-Kongresses ein dicker Bericht zu den Zensurmaßnahmen der EU vorgelegt. Mit hunderten Seiten Dokumenten; aber auch mit einem klaren Fazit: nicht einmal in den USA ist man vor ihnen sicher.



© AWeith, CC BY-SA 4.0 , via Wikimedia Commons

Symbolbild

Von Dagmar Henn

Wenn EU-Europa politisch noch irgendwie am Leben ist, müsste der [Bericht](#), den die US-Republikaner im Justizausschuss des Repräsentantenhauses zusammengestellt haben, ein Erdbeben auslösen. Denn dieser Bericht belegt, dass die Skandale, die bisher im Zusammenhang mit den Zensurbemühungen der EU sichtbar wurden (wie das Schreiben des damaligen Kommissars Thierry Breton an Elon Musk, das Interview von Tucker Carlson mit Donald Trump für Europa zu blockieren), nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Und dass nichts an dieser Entwicklung zufällig ist, oder eine Reaktion auf Corona. Ganz im Gegenteil.

Der Bericht selbst mit seinen 160 Seiten ist nicht nur eine ausführliche Darstellung, wie sich dieses Zensursystem entwickelt hat, gespickt mit unzähligen Dokumenten. Es gibt auch einen Einblick in die Art und Weise, wie die Brüsseler Herrschaft zu kommunizieren pflegt, und diese heuchlerische Gouvernantensprache hat eine ganz eigene Qualität. Gleich, was geschrieben wird, der Unterton ist immer der vom "Angebot, das er nicht ablehnen kann", nur drumherum sind immer die Floskeln drapiert

von Transparenz und Demokratie und so, obwohl das Ziel der Kommunikation gerade darin besteht, die Demokratie zu strangulieren.

Wie kommt es eigentlich dazu, dass ein Ausschuss des US-Parlaments sich mit Zensur in der EU befasst? Abgesehen von dem berühmten Vorfall mit Breton und den Strafen, die Brüssel bereits verhängt hat, ist das Hauptargument für die Zuständigkeit ein technisches: Um für ein einzelnes Land oder eine einzelne Region den Zugang zu bestimmten Inhalten zu blockieren, wäre es erforderlich, die persönlichen Daten jedes einzelnen Nutzers aufzunehmen und zu überprüfen und außerdem noch bei jedem Log-in den Standort aufzunehmen. Ein Schritt, den selbst die großen Datenkraken nicht tun wollen (keine Sorge, die EU plant auch genau das bereits, mit von der Leyens Desinformationsschild, das 2027 eingeführt werden soll).

Der technische Aufwand, jeweils für begrenzte Gebiete Listen von "verbotenen" Themen zu führen und die spezifischen Filter zu programmieren, wäre enorm. Meta hat berichtet, für die Umsetzung der EU-Zensurvorgaben etwa 1.000 Mitarbeiter zu benötigen; das zu vervielfachen, wäre aufwendig und teuer. Das Ergebnis ist aber, dass die Zensurvorgaben der EU dadurch weit über das Gebiet der EU hinaus wirken, eben beispielsweise auch auf die USA – wo die Ausübung dieser Zensur aber einen Verstoß gegen den ersten Verfassungszusatz darstellt.

Im Februar 2025 hatte der Vorsitzende des Justizausschusses [Vorladungen](#) an die Betreiber der größten sozialen Medien geschickt, damit diese darstellen, inwieweit rechtliche Maßnahmen der EU das Recht der freien Rede beeinträchtigt hätten.

"Nach den Regeln des Repräsentantenhauses hat der Ausschuss das Recht, Angelegenheiten zu überprüfen, die 'Bürgerrechte' betreffen, um mögliche rechtliche Reformen anzuleiten. Um eine wirkungsvolle Gesetzgebung zu entwickeln, darunter auch neue Gesetze, die amerikanische Rede vor den Auswirkungen von Zensurgesetzen und Gerichtsanordnungen fremder Regierungen schützen, muss der Ausschuss erst verstehen, wie und in welchem Ausmaß ausländische Gesetze, Regulierungen und Gerichtsanordnungen den Zugang von Amerikanern in den Vereinigten Staaten zur rechtmäßigen Rede beschränkt haben, wie auch das Ausmaß, in dem die Biden-Harris-Regierung diese Bemühungen unterstützte oder begünstigte."

Das Ergebnis waren mehr als zweitausend Seiten Dokumente, mit Tagesordnungen, Briefwechseln und Aussagen verschiedener EU-Vertreter und vielerlei Eingriffen.

Im vergangenen Sommer war bereits ein erster [Vorbericht](#) erschienen, der eine Reihe von Beispielen nannte. So etwa, dass im Dezember 2024 eine Aufforderung an X erging, einen deutschen Post zu löschen. Dieser Post war eine Reaktion auf einen Artikel von Focus Online über eine syrische Familie, der insgesamt 110 Straftaten vorgeworfen wurden. Der inkriminierte Kommentar lautete: "Abschieben, sie alle!" Daraufhin erhielt X die Aufforderung, den Post zu löschen, da er "gemäß Paragraf 130 StGB (Volksverhetzung) strafbar sein könne, weil er "Hass gegen eine nationale Gruppe hervorruft und nach Gewalt und Willkürmaßnahmen verlangt".

In dem neuen Bericht geht es also nicht vor allem darum, Beispiele zu liefern (obwohl auch das geschieht), sondern vor allem darum, zu klären, wie diese Zensur funktioniert und wie sie entstanden ist.

Der heutige Zustand ist das Ergebnis von zehn Jahren recht systematischer Arbeit. 2015 wurde das erste der heute verfügbaren Instrumente eingeführt: das EU-Internetforum (EUIF). Es erweckte erst einmal den Eindruck einer unverbindlichen Diskussionsumgebung, in der sich Vertreter der EU-Bürokratie und der

Plattformbetreiber begegnen konnten. Die Begründung für seine Errichtung lautete ursprünglich, die Werbung für terroristische Gruppen im Internet zu unterbinden. Das Ziel aber war bereits von vorneherein das, was dann 2016 entstand: die Verhaltensregeln "zur Bekämpfung von Hassrede". Nicht zu vergessen: Damals hatte die Flüchtlingswelle des Jahres 2015 eine enorme öffentliche Debatte ausgelöst, und das Hauptziel dieser Verhaltensregeln bestand darin, eben diese Debatte zu beschränken oder weitgehend zu verhindern.

Im Jahr 2017 entstand dann EU-weit das erste Gesetz, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das bereits bußgeldbewehrte Regeln für die Betreiber sozialer Medien etablierte. Parallel zu dieser Entwicklung wurden bereits die NGOs hochgefahren, die dann später die Zensurvorgaben erarbeiten und überwachen sollten. Ein Jahr später folgten die nächsten Regeln gegen "Disinformation", bei denen es auch bereits um die "Verringerung der Sichtbarkeit" unerwünschter Inhalte ging. Und 2020 schließlich begannen die Vorarbeiten zum Digital Services Act (DSA), der 2023 dann in Kraft trat.

Die Verhaltensregeln werden immer als "freiwillig" dargestellt, aber der Mailverkehr zwischen den Plattformen und den Vertretern der EU-Kommission belegt, dass diese Freiwilligkeit eine Farce war. Im Gegenteil, bereits lange vor der Verabschiedung des DSA wurde gerne darauf hingewiesen, dass die Umsetzung der neuesten Zensurregeln eine Rolle spielen werde, wenn es darum gehe, ob das Unternehmen dann, wenn das Gesetz eingeführt sei, als rechtskonform ("compliant") gelte oder nicht. In über einhundert Treffen mit den Vertretern der Plattformen wurden die Vorgaben immer wieder nachgezogen; die Plattformen mussten ihre Umsetzung darlegen. Es gab in den Mails, die zu diesen formell freiwilligen Treffen einluden, sogar Rügen, wenn die Kommission meinte, jemand sei nicht mit dem angemessenen Eifer bei der Sache.

In der EU-Kommission gab es bis 2024 zwei Personen, die die Entwicklung dieses Zensursystems besonders vorantrieben: der bereits erwähnte Thierry Breton und die tschechische Vizepräsidentin der Kommission, Věra Jourová. Letztere war es auch, die, was beim US-Ausschuss besondere Freude hervorrief, sich im Mai 2024 auf eine Reise an die US-Westküste begab, um sich dort mit den Chefs verschiedener Plattformen zu treffen, wobei explizit mitgeteilt wurde, sie sei daran "interessiert", die "Vorbereitungen der US-Wahlen" mit ihnen zu diskutieren.

Ja, tatsächlich, die oberste Zensorin der EU flog in die Vereinigten Staaten, um persönlich Vorgaben zu überreichen, wie mit den US-Wahlen umzugehen sei – vor allem, welche Inhalte nicht gezeigt werden sollten.

Der erste Höhepunkt in der Entwicklung der EU-Zensur war Corona. Inzwischen ist bestätigt, dass viele damals von der EU-Kommission wie auch von den einzelnen EU-Regierungen verfochtenen Einschätzungen und Maßnahmen falsch waren; aber beide wurden durch massiven Druck auf die Plattformen abgesichert. "Durch das "COVID-19 Desinformationsüberwachungsprogramm" der EU-Kommission und Treffen mit den Plattformen von 2020 bis 2023 setzte die Kommission Plattformen unter Druck, ihre weltweiten Moderationsregeln für den Inhalt, der mit COVID-19 zu tun hatte, abzuändern und jene zum Schweigen zu bringen, die die Regierungsnarrative in Frage stellten, die sich als völlig falsch erwiesen."

Dabei gerieten nicht nur die US-Unternehmen ins Visier, auch die schwedische Firma Spotify sollte Rechenschaft über ihre Maßnahmen gegen "Disinformation" ablegen. Bereits im Oktober 2020, also ehe überhaupt einer der "Impfstoffe" verfügbar war, wurde bereits mitgeteilt, die Inhalte sollten entsprechend kontrolliert werden. "TikTok beispielsweise erklärte der EU-Kommission, es "überwache ... Satire, die mit

Impfungen zu tun hat", um zu bestimmen, ob zusätzliche Zensur erforderlich sei. Eine beeindruckende Parallele zu den Vereinigten Staaten, wo die Biden-Harris-Regierung Meta erfolgreich "unter Druck setzte", um "Humor und Satire" zu den COVID-19-Impfungen zu entfernen".

Jourová traf sich im Februar 2021 mit "Facebook, Google, TikTok, Twitter und YouTube", und fragte, "was die Plattformen tun könnten, um die Handlungen zu stärken, weniger toxische Inhalte zu haben"; ein völlig subjektiver Begriff. Sie äußerte ihre Empörung, dass Inhalte immer noch online geblieben seien, nachdem die "trusted flaggers", die von der Kommission zur Zensur geschaffenen NGOs, ihre Entfernung gefordert hätten. Der Kommentar der US-Abgeordneten zu diesem Ereignis: "Das ist genau das, was der erste Verfassungszusatz US-Regierungsmitarbeitern untersagt: eine bestimmte Rede zum Ziel der Zensur zu machen, auf Grundlage ihrer persönlichen Überzeugungen bezüglich ihres Wahrheitsgehalts oder ihrer Nützlichkeit."

Noch Ende 2021 legte die Kommission noch einmal nach und forderte nun, dass "Maßnahmen ergriffen werden, um Vertreter von Desinformation zu Covid-19 und Impfungen zu demonetarisieren".

Eine Kampagne, die dann fließend ins neue Zensurthema umgelenkt werden konnte, den Ukraine-Konflikt. Was aber die Zensur zu Corona nicht beendete. Im November 2022 drängte die Kommission darauf, einen aus den USA stammenden Film über Impfungen von den Plattformen zu löschen, nachdem die Faktenchecker in dieser Hinsicht keinen Erfolg hatten. Den Firmen wurde mitgeteilt, es sei "lebenswichtig", den Film zu zensurieren; sie sollten das intern überprüfen und schriftlich antworten. Worauf YouTube antwortete, es habe den Film "entfernt". "Als Antwort auf Druck von europäischen Regulatoren entfernte YouTube – ein amerikanisches Unternehmen – einen amerikanischen Dokumentarfilm weltweit von der Plattform. Das ist ein Beispiel dafür, wie europäischer Zensurdruck zur weltweiten Entfernung von Rede in den USA führen kann."

Die Begriffe, auf denen die Zensur beruhte, wurden im Verlauf der Jahre immer weiter ausgedehnt. 2022 tauchte beispielsweise der Begriff "deceptive" (täuschend) auf, wie das oben zitierte "toxisch" kein rechtlich definierter Begriff. Es wurde sogar die Formulierung "borderline content", auf Deutsch etwa "grenzwertiger Inhalt", erfunden, um leichter gegen Inhalte vorgehen zu können, die auf keinen Fall strafbar, aber eben der Kommission nicht genehm sind. Um diese Inhalte zu definieren, veröffentlichte die EU über das EUJF ein eigenes Handbuch, "The Handbook of Borderline Content" (in Anhang II–III des Berichts zu finden). Als "grenzwertig" finden sich dort beispielsweise "politische Satire" und "Meme Subkultur". Das Vorgehen gegen das "Schwachkopf"-Meme hat in diesem Handbuch seine Wurzel. Ebenfalls auf der Liste: "Anti-LGBTIQ" oder "Anti-Elite" oder "populistische Rhetorik".

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln